

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tagesblatt Sorauer-Verlag
Verlag: Sorau
Nr. 554 Berlin W. 17

(Sorauer Wochenblatt)
Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Seitensprecher Nummer 22 und 37.
Giro-Konto
bei der Reichsbank

Ercheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. —
Bezugspreis: In den Ausgabenstellen in Stadt und Land 1,50 Goldmark, ins
Haus gebracht 5 Goldpfennig mehr, im Wochenbesuche 4 Goldpfennig, ins Haus
gebracht 5 Goldpfennig mehr. Durch die Post bezogen 1,83 Gm, durch den Briefträger
ins Haus gebracht 40 Goldpfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung,
Arbeits-einstellung oder Versperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfierung
oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 9spaltige Kolonelleile für Stadt und Kreis Sorau je Milli-
meterhöhe 5 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7 Goldpfennig.
Im Restamtteil die 4spaltige Kolonelleile je Millimeterhöhe 18 Goldpfennig. —
Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufzugeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben,
ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. Abmit nach festem Satz, nur
bei späterer Zahlung, bei Fortsetzung der Werbung, bei Fortsetzung der Werbung und bei
Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 207

Freitag, den 4. September 1925

115. Jahrgang

Die große Politik hinter den Kulissen.

In den deutschen Regierungskreisen legt man den gegenwärtig hinter den Kulissen stattfindenden Besprechungen der alliierten Staatsmänner in Genf größte Bedeutung bei. Verschiedene Anzeichen lassen erkennen, daß es zu wichtigen Vereinbarungen zwischen England und Frankreich kommen wird, die besonders in der Sicherheitsfrage eine große Rolle spielen werden. Wahrscheinlich wird man in Genf die Umrisse eines Planes zur Einberufung einer Balkonferenz festlegen. Die in Aussicht genommene Besprechung der Außenminister dürfte bei den gegenwärtigen Erweiterungen keine allzu große Rolle spielen, da man in der Hauptsache das Projekt der großen Balkonferenz erörtert.

Unterredung zwischen Vandervelde und Chamberlain.

Genf, 2. Sept. Vandervelde und Chamberlain hatten heute nachmittag eine einstündige Unterredung über den Sicherheitspakt. Bei seiner Rückkehr erklärte Vandervelde der Presse, daß zwischen ihm und Chamberlain über die Grundlagen des Sicherheitspaktes volle Einigkeit herrsche. Diese Einigkeit sei unsso wertvoller, als sie sich auf England, Belgien und Frankreich erstreckt, was er aufgrund seiner heutigen Aussprache mit Briand mitteilen könne. Diese Einigkeit dürfe in Deutschland nicht mißverstanden werden, da es sich in keiner Weise, bei dem jetzt in London von den juristischen Sachverständigen beratenen Vorkauf um etwas handelt, was von Deutschland nur angenommen oder abgelehnt werden könne. Im übrigen habe sich in seinen heutigen Verhandlungen mit Chamberlain wieder gezeigt, daß eine mündliche Aussprache rascher vorwärts bringe als ein Notenwechsel.

Die Besprechungen sollen in einigen Tagen fortgesetzt werden, sobald die Ergebnisse der Londoner Konferenz der juristischen Sachverständigen in Genf vorliegen.

Die Mossulfrage

Paris, 2. Sept. Savas meldet aus Genf: Der Völkerrundrat beschloß, morgen vormittag die Mossulfrage zu behandeln. Die Vertagung um 24 Stunden soll nicht aus politischen oder diplomatischen Gründen erfolgt sein. Der Rat will vielmehr den englischen und den türkischen Vertretern Zeit geben, um ihr Exposé vorzubereiten und miteinander und mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Fühlung zu treten.

Der englische Staatssekretär für die Kolonien gab in Genf zur Mossulfrage die Erklärung ab, daß England entschlossen sei, das Mandat über Irak über 1928 hinaus beizubehalten. Die englischen Väter gehen noch in den letzten Tagen ihrem lebhaftesten Mutmaß darüber Ausdruck, daß England weiterhin die Ratten des Irak tragen solle, und vertreten die Ansicht, daß das Gebiet aufgegeben werden solle.

Abkündigung im Fröparlament.

London, 2. Sept. Das Parlament des Irak hat mit 60 gegen 16 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der die Freundschaft zu Großbritannien und der Wunsch auf Aufrechterhaltung des Mandats betont werden.

Wenn man weiß, wie unter englischer Druck im vergangenen Jahr die Abkündigung des Mandats für die Übernahme des anglo-türkischen Vertrages zustande kam, kann man bei dieser neuen Abkündigung ebenfalls nur englische Beeinflussung sehen, um für die Vertagung der Mossulfrage in Genf für England einen günstigen Boden zu schaffen.

Rauch im Friedenskongreß.

Wichtige Abgabe Herriots. — Vöbe muß auf seine Rede verzichten.

Paris, 2. Sept. Der Internationale Friedenskongreß, an dem etwa 20 Nationen und 800 Delegierte, darunter die bekanntesten Wissenschaftler, teilnehmen, wurde heute im Anschluß der Sonntags-eröffnung. Die Session dieses Kongresses hätten die Neben des deutschen

Reichstagspräsidenten Vöbe und des französischen Kammerpräsidenten Herriot sein sollen.

Im letzten Augenblick hat sich jedoch Herriot telegraphisch entschuldigen lassen, worauf Präsident Vöbe und die ganze deutsche Delegation auf französischen Wunsch ebenfalls auf das Wort verzichteten.

Das Verhalten Herriots wurde natürlich in der Vermählung lebhaft kommentiert und gegen Vöbe auf die von Vöbe am vergangenen Freitag in Wien gehaltenen Rede, in welcher sich dieser für den Antritt der Österreichs an Deutschland einsetzte, zurückgeführt, obwohl Herriot als Grund seines Fernbleibens vom Kongreß die Sitzungen des Generalrats anzog. Von französischer Seite wird noch folgende Darstellung gegeben:

Paris, 2. Sept. Bei der heutigen Eröffnungssitzung des Friedenskongresses sollte auch neben dem französischen Kammerpräsidenten Herriot der deutsche Reichstagspräsident Vöbe zu Worte kommen. Da Herriot durch die Arbeiten des Generalrats des Departements Rhône in Anspruch genommen ist und nicht zu dem Kongreß erscheinen konnte, hat auch der Reichstagspräsident Vöbe, einer an ihn ergangenen Anregung Folge leistend, darauf verzichtet, sein Vöbe zu halten. Die deutschen Delegierten haben darauf beschlossen, daß der Vöbe nicht zu Worte gekommen ist, auch kein anderes Mitglied der Delegation sprechen soll.

Der Zwischenfall hat in den Kreisen der deutschen Delegation Bestreben hervorgerufen.

Vöbe bei Painlevé.

Paris, 2. Sept. Reichstagspräsident Vöbe ist heute von Ministerpräsident Painlevé empfangen worden, der sich mit ihm längere Zeit über die deutsch-französischen Beziehungen unterhielt. Angeblich soll Painlevé zu Vöbe die Bemerkung gemacht haben, es wäre zu wünschen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich bald so gestalten möchten, daß nicht nur der deutsche Reichstagspräsident in Paris sprechen könne, sondern auch der französische Ministerpräsident in Berlin.

Die deutsch-russische Verhandlungslinien behoben.

Wie unser Berliner Vertreter hört, ist es gelungen, die Fortführung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau verläufig sicherzustellen. Die Einigungsversuche, die von deutscher Seite unternommen worden sind, scheinen die russische Regierung zu einem längeren Zeit über die deutsch-französischen Beziehungen unterhielt. Angeblich soll Painlevé zu Vöbe die Bemerkung gemacht haben, es wäre zu wünschen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sich bald so gestalten möchten, daß nicht nur der deutsche Reichstagspräsident in Paris sprechen könne, sondern auch der französische Ministerpräsident in Berlin.

Die deutschen Kommunisten unterwerfen sich Moskau.

Am Dienstag fand im preußischen Landtag eine Konferenz der kommunistischen Bezirks-Sekretäre und politischen Redaktoren statt, die sich mit der Lage in der Partei beschäftigten, und in der der Abgeordnete Schmalz das Referat hielt. Mit 42 gegen 7 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen wurde eine Resolution angenommen, die sich vorbehaltlos auf den Boden der Weisungen der „Kommunisten“ der deutschen Frage stellt. Der Brief der Exekutiv in Sachen Ostwärts ist nicht in der russischen Zentrale angeordnet Maßnahmen abgelehnt, in der Erkenntnis, daß deren Gehorsam nicht nur organisatorische Anstellungen, sondern eine politische Kursänderung bedeutet.

Die neue Politik der Moskauer.

Die bolschewistische Agitation in allen europäischen Ländern hat neue Formen angenommen. Zwar wird die kommunistische Propaganda nach wie vor von Moskau aus geleitet, aber die Moskauer ziehen neuerdings die kommunistischen Parteien vor und jüden selbst möglichst im Hintergrund zu stecken.

Die Agitation wird in den einzelnen Ländern ganz verschieden betrieben. In Deutschland ist man bemüht, den Streik der Bauarbeiter aufrecht zu erhalten und auf andere Gesellschaften auszuweiten, so namentlich auf die Eisenbahner, die man zu einem allgemeinen Zustand zu bewegen hofft. Gegen die Re-

gierung wird eifrig gehetzt und die Lebensmittelpreise dies als Hauptagitationsmittel.

Gausjudung bei der Hamburger R. P. D.

Die Wähler melden aus Hamburg: In den Geschäftsräumen der Bezirksleitung des Bezirks Wasserseite der R. P. D. und in den Geschäftsräumen des Noten Frontkämpferbundes wurden auf Veranlassung einer auswärtigen Staatsanwaltschaft von der Polizei Säusjudungen vorgenommen.

Kommunistische Indultrie-Spionage.

Nach einer Mitteilung der Direktion der Farbenfabriken vorm. Bayer in Leverkusen wurden im Besitze des Vorsitzenden der Ortsgruppe Wiesdorf der kommunistischen Partei, Knüpfe, Aufzeichnungen über Fabrikationsverfahren der Farbenfabriken gefunden, die für das Ausland bestimmt waren. Knüpfe hatte kommunistische Angestellte und Arbeiter der Firma durch Betrug zur Ausübung der Fabrikationsmethoden veranlaßt.

Italienische Grenzverletzung.

Wien, 2. Sept. Nach einer Meldung des Landesgendarmeriekommandos in Klagenfurt überfuhrt gestern eine italienische Militärabteilung von 180 Mann mit 20 Tragieren unter Kommando eines Leutnants die Landesgrenze und marschierte, trotzdem sie auf die Grenzverletzung aufmerksam gemacht wurde und die Grenzlinie deutlich zu sehen waren, mit klingendem Spiel durch den Ort Maglern in Österreich. Wie die Anträge nachrichtlich erfahren wurde, die österreichische Gesandtschaft in Rom angewiesen, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Die Lage in Marokko.

Paris, 2. Sept. Savas meldet aus Fez von heutigen Tage, daß die Lage im mittleren Frontabschnitt unverändert ist. In diesem Frontabschnitt haben sich einige kleinere feindliche Abteilungen gehalten können. Französische Abteilungen haben mit Unterstützung von Eingeborenen-Kontingenten das Gelände bei Fez el Bali zu säubern begonnen. Ein französisches Fliegergeschwader hat feindliche Anstellungen bei Spura und Warbin bombardiert. Es wird bestätigt, daß der Feind, der eine französisch-spanische Offensiv an Aufbruch beabsichtigt, sich außerordentlich stark im westlichen Frontabschnitt verhält.

Spanisch erneut bei Painlevé.

Paris, 3. Sept. Diaboliest des „Sor. Tagebl.“ Nach dem „Journal“ hat Ministerpräsident Painlevé gestern abend Marschall Lyautey nochmals empfangen.

Paris, 2. Sept. Finanzminister Caillaux hat heute vormittag Marschall Lyautey empfangen.

Arbreitung des Drusenauftandes.

Nach Meldungen der arabischen Presse haben sich den Drusen große Aufgebote von Beduinen angeschlossen. Die Aufständigen verfügen nach einer Quelle über 2000 Mann. Angehörige des Sultanat Irakisch sollen in Damaskus und anderswo den Aufruf führen.

Im übrigen werden nunmehr die Niederlagen der Franzosen vor Sweida bestätigt und das Eintreffen von Verstärkungen zur Entsehung der Stellung Sweida angekündigt.

Gamelin Kommandant der Besatzungstruppen.

Paris, 2. Sept. Brigadegeneral Gamelin, der bisher zur Disposition stand, ist zum Kommandanten der Besatzungstruppen ernannt und dem Generaloberkommandant in Syrien beigegeben worden.

Die Tatsache, daß ein neuer Oberbefehlshaber ernannt worden ist, beweist, daß die Lage als sehr schwierig anzusehen ist. General Carraill konnte nicht abberufen werden, weil dies eine Herabsetzung Herriots, der Carraill nach Syrien geschickt hatte, gewesen wäre.

Moslemische Erregung in Indien.

Bombay, 2. Sept. In ganz Indien finden Massenveranstaltungen der Mosleme statt, die ihre Entrüstung über die Nachrichten von einer Besichtigung Medinas durch die Mahatmas zum Ausdruck bringen. Die Führer der Mosleme empfehlen ihren Anhängern, die Gläubigen entgegen ihrer authentischen Nachrichten aus Medina abzuwarten. Führende Mosleme haben sich den Brüdern des Königs Ali gegenüber erboten,

mit dem ersten Schiff nach Medina zu fahren, um Ibn Saud zu bekämpfen, falls sich die Nachricht von der Besichtigung Medinas bewahrheiten sollte.

Deutschland.

— Beileides-Telegramm zum Tode des Staatsministers a. D. Peter Spahn haben gemäß die Reichstagen, der Vertreter des beurlaubten Reichsministers des Innern und der preussische Ministerpräsident.

— Die hiesigen Jäger von der 1. Division finden in der Zeit vom 3. bis 8. September in der Gegend von Marienwerder statt. In den beiden letzten Tagen wird der Chef der Seeresektion, General v. Seede, den Übungen beiwohnen.

— Ein gemeinsamer Minderhaufen des preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers legt alle Besetzungsteuerordnungen außer Kraft.

— In verschiedenen Berliner Blättern sind Veröffentlichungen über das neue Reichsgesetz erschienen, die als Teile eines Regierungsentwurfes bezeichnet werden. Die W. T. B. erklärt, liegt ein abgeschlossener Entwurf zu dem die Reichsregierung Stellung genommen hätte, nicht vor. Die Veröffentlichung ist ohne Wissen und Willen der verantwortlichen Stellen in die Presse gekommen.

— In einer Rundgebung der Deutschen Volkspartei in der Düsselbacher Städtischen Zehnhalle zum Gedächtnis Schlageters teilte der Vorsitzende mit, daß beabsichtigt sei, an der Stelle auf der Goldheimer-See, wo Schlageter den Selbstmord fand, einen Gedenkstein zu setzen.

— Am Montag, den 7. September, tritt der Vorstand des Deutschen Landkreistages in Blankenburg a. Harz zusammen, um über Fragen der Landtraktantenunterhaltung und der dazu erforderlichen Geldmittel sowie der Abänderung des Finanzausgleichs nach Maßgabe der nunmehr zustande gekommenen Reichsfinanzgesetze zu verhandeln.

— Wie aus Fez o. g. gemeldet wird, hat die Stadt zur Zeit keinen einzigen Arbeitslosen aufzuweisen. Dies ist auf die Entlohnungen und auf die gute Beschäftigung zurückzuführen.

— Im Zusammenhang mit schweren Vorwürfen gegen den Oberbürgermeister hat die Zentrumspartei ihren Antrag, der von sämtlichen bürgerlichen Parteien gestützt wird, bei der Stadtverwaltung Forderung einereicht, in dem sofortigen Unterbruch der städtischen Finanzen mit Nachdruck gefordert wird.

Der preussische Kultusminister über die Lehrerbildung.

In der Sitzung des Hauptauschusses des Preussischen Landtages am Mittwoch sprach der Kultusminister Professor Dr. D. Weder über die Frage der

Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen. Die Reform der Lehrerbildung ist, so führte der Minister aus, ein Versuch, Die jetzige Regelung solle nicht entgeltlich sein.

Im Lehrplan der Akademie ist dafür gefordert, daß der künftige Lehrer in alle beruflich entscheidenden Gebiete eingeführt wird, er bewahrt jedoch vor einer Zersplitterung durch Nebenbeschäftigungen. Die Trennung der Lehrerbildung von der Oberlehrerbildung ist bewahrt durchzuführen, da die höhere Schule andere Aufgaben hat als die Volksschule. Die Ausbildung auf der Akademie kann auf die Ausbildung zum höheren Lehramt einbezogen werden, nicht aber als fachwissenschaftliche angerechnet werden. Die starke Verwurzelung der neuen Lehrerbildung im Heimat- und Volkstum bedeutet keineswegs eine „Rückwärtsbildung“. Eine kollegiale Schulleitung kommt für das erste nicht in Frage.

Alle Mitglieder der Akademie müssen sich auf einer geistigen, einheitlichen Linie zusammenfinden. Eine solche ist die gemeinsame Konfession, andere sind denkbar. Simultane Akademien kann es ebenfalls geben, wie es einen simultanen Lehrer gibt. Zweifelslos müssen später auch Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrer an weltlichen Schulen geschaffen werden. Solange aber das Volksschulgesetz noch fehlt, und die Zahl der konfessionellen Kinder nur einen kleinen Bruchteil aller Kinder beträgt, ist diese Frage nicht zu berühren. Am Schluß seiner Ausführungen bat der Minister, die Ergebnisse der Versuche vertrauensvoll abzuwarten.